



## Niederschrift

23. Plenarsitzung des Gemeinderates  
28. April 2026, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 13 der Tagesordnung: Genehmigung des Antrags auf Befreiung vom Erweiterten  
Beteiligungsbericht nach dem Kommunalen Regelungsbefreiungsgesetz (KommRegBefrG) /  
Beschlussfassung zur Umsetzung  
Vorlage: 2026/0212**

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Befreiung von der Pflicht zur Erstellung des Erweiterten Beteiligungsberichts nach §§ 95a, 95b und 110 Gemeindeordnung für die Jahre 2025 bis 2028 umzusetzen, die das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg der Stadt Karlsruhe mit Genehmigung vom 03.03.2026 nach § 3 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 des Kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes (KommRegBefrG) erteilt hat.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Zustimmung (45 Ja)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 14. April 2026.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Der Vorlage können wir zustimmen. Sollten allerdings entgegen der gemachten Zusicherung in der Sitzung vom Haupt- und Finanzausschuss bisher im Beteiligungsbericht dargelegte wesentliche Informationen dem Gemeinderat künftig vorenthalten werden, werden wir, die AfD-Fraktion, diese per Einzelanfragen nachfordern. Dies betrifft insbesondere die finanzielle Ausstattung der städtischen Beteiligungen, da hier in letzter Zeit vermehrt zu beobachten ist, dass die Stadt, um ihre Finanzlöcher kurzfristig irgendwie zu stopfen, Kapital aus den Beteiligungen abzieht, anstatt die städtischen Finanzen dauerhaft auf solide Beine zu stellen. Wir, die AfD-Fraktion, bleiben daher wachsam.

**Der Vorsitzende:** Natürlich können Sie uns alles fragen, was Ihnen wichtig ist, und wir werden alles beantworten. Wenn wir irgendwelche Eigenkapitale entziehen, sind Sie im Übrigen als Gemeinderat immer beteiligt gewesen. Insofern kann ich jetzt nicht erkennen, warum jetzt der Verzicht im Rahmen des Regelungsbefreiungsgesetzes die Transparenz zwischen Ihnen und uns irgendwie reduzieren sollte. Sollte aber trotzdem irgendwo der

Eindruck entstehen, werden Sie genug Möglichkeiten wissen, das hier einzubringen und die Verwaltung auch hier zur Verantwortung zu ziehen. Das sage ich Ihnen hiermit zu, und damit können wir das zur Abstimmung stellen, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. ... War falsch. Okay. Also einstimmige Zustimmung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
15. Mai 2026